

«Anforderungen massiv gestiegen»

Leistungsschwachen Schülerinnen und Schülern wird bei der Lehrstellensuche besser geholfen

Jugendlichen soll der Einstieg in die Berufswelt erleichtert werden. Dies hat die Lehrstellenkonferenz beschlossen. Der Berner Soziologe Thomas Meyer erforscht das Thema seit Jahren. Er sagt, wo heute die dringendsten Probleme liegen.

INTERVIEW:
YVONNE LEIBUNDGUT

«BUND»: Die nationale Lehrstellenkonferenz hat beschlossen, dass Jugendliche im Übergang von der Schule ins Erwerbsleben besser unterstützt werden sollen. Mit welchen Problemen haben die Jugendlichen denn am meisten zu kämpfen?

THOMAS MEYER: Eine der Hauptschwierigkeiten besteht nach wie vor darin, dass das Lehrstellenangebot nicht ausreicht. Es gibt zu wenig Ausbildungsplätze.

Nun hat sich die Lehrstellensituation dieses Jahr aber verbessert. Es werden mehr Lehrstellen angeboten, und weniger Jugendliche müssen in eine Warteschlange.

Es gibt ein wenig mehr Lehrstellen. Aber die Warteschlange ist nicht kleiner geworden. Gemäss Lehrstellenbarometer befinden sich nach wie vor jährlich rund 10 000 Jugendliche in der Warteschlange, die in eine Berufsausbildung einsteigen möchten. Wir sind noch weit davon entfernt, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu haben.

Die Warteschlange kann für Jugendliche auch eine Chance sein, ihr Wissen noch zu vertiefen.

Sicher. Die Brückenangebote in der Schweiz sind heute vielfältig und je nach Situation sicher auch sinnvoll. In unseren Untersuchungen haben wir festgestellt, dass vor allem bei Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund ein Brückenangebot äusserst sinnvoll sein kann. Hier hat man sehr gute Ergebnisse. Bei vielen Jugendlichen ist aber nicht ersichtlich, weshalb sie, im Gegensatz zu ihren Kollegen, keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die Untersuchungen zeigen, dass es letztlich auch etwas Zufälliges hat, wer sofort eine Lehrstelle findet und wer nicht.

Bundesrätin Leuthard hat gestern angekündigt, dass leistungsschwache Schüler durch Coachs besser begleitet werden sollen. Nun bieten verschiedene Kantone bereits begleitende Hilfe an. Gibt es da erste Erkenntnisse, wie wirksam solche Projekte sind?



Entgegen den Vorurteilen sind die meisten Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz flexibel.

KEYSTONE

Sicher kann man sagen, dass Jugendliche in diesem schwierigen Übergang nicht allein gelassen werden sollen. Über die Wirkung der Coaching-Modelle ist noch relativ wenig bekannt. Erste Ergebnisse zeigen, dass Coaching-Massnahmen von Jugendlichen sehr positiv beurteilt werden und den Einstieg in die Berufsausbildung erleichtern. Ob Coaching-Modelle besser greifen als andere Unterstützungsmaßnahmen, muss allerdings noch untersucht werden.

Sind die Jugendlichen einfach zu wenig flexibel bei der Wahl ihrer Ausbildungsstellen?

Untersuchungen zeigen, dass die meisten Jugendlichen flexibel sind. Gerade die schwächeren

Konkurrenten sind sich sehr wohl bewusst, dass ihre Möglichkeiten eingeschränkt sind, und kommen oft zum Schluss: Hauptsache eine Lehrstelle.

Unternehmer Otto Ineichen, der mit seinem Ausbildungsprogramm für Schlagzeilen sorgte, sagt, es brauche nicht mehr Sonderprogramme, sondern mehr Praktikumsplätze.

Es ist so, dass das Berufsbildungsangebot insbesondere im so genannten niederschweligen Bereich, also zum Beispiel Attestausbildungen, sehr knapp ist. Dort besteht sicher Handlungsbedarf. Praktikumsplätze können allerdings Ausbildungsplätze nicht ersetzen, sondern höchstens den Einstieg in eine Ausbildungslehre

erleichtern. Dann muss man sich auch vor Augen halten, dass in den letzten zehn, zwanzig Jahren die Anforderungen an Lehrlinge massiv gestiegen sind. Heute heisst es oft, die Jugendlichen müssten noch ein Jahr zusätzlich in die Schule gehen, damit sie den Anforderungen genügen. Meiner Meinung nach müsste man einmal grundsätzlicher diskutieren, wo die Schnittstelle zwischen obligatorischer und nachobligatorischer Bildungsstufe verlaufen soll und was die Jugendlichen dort genau können müssen.

Nun kann man ja die Wirtschaft nicht zwingen, mehr Ausbildungsplätze anzubieten. Gibt es Alternativen, um mehr Ausbildungsplätze zu schaffen?

Wir sollten nicht mehr so fixiert sein auf die betriebliche Lehre. Es gibt auch andere Formen, eine Berufsausbildung zu machen, wie zum Beispiel Lehrwerkstätten oder Vollzeitberufsschulen.

Im Vergleich mit dem Ausland machen in der Schweiz doch sehr viele Jugendliche eine Ausbildung. Jammern wir nicht auf einem relativ hohen Niveau?

Die Abschlussquote auf der Sekundarstufe II ist mit rund 90 Prozent relativ hoch. Im internationalen Vergleich haben wir in den letzten Jahren aber an Terrain verloren. Bei der nachobligatorischen Ausbildung gehören wir nicht mehr zur Spitze. Besorgniserregend ist vor allem, dass die Quote jener, die eine Berufsbildung oder eine weiterführende Schule abschliessen, in der Schweiz in jüngster Zeit am Sinken ist. Und hier müssten bei uns die Alarmglocken läuten.



Thomas Meyer ist Soziologe und leitet das Projekt TREE, das untersucht, wie Jugendliche den Sprung ins Berufsleben schaffen. Das Projekt wird von den Kantonen Bern, Genf und Tessin sowie vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) finanziert.

«Nahtstelle» wird verbessert

Bund, Kantone und Wirtschaft wollen sozial und schulisch schwache Jugendliche schon ab dem 7. Schuljahr erfassen. Das ist das Hauptergebnis der nationalen Lehrstellenkonferenz von gestern (siehe Seite 1).

Zurzeit verfügen 89 Prozent der jungen Erwachsenen über einen Abschluss nach der obligatorischen Schulzeit (Sekundarstufe II). Mit dem Projekt «Nahtstelle» hat sich die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) das Ziel gesetzt, diesen

Anteil bis 2015 auf 95 Prozent zu erhöhen. Der Übergang von der Schule zur nachobligatorischen Ausbildung – die so genannte Nahtstelle – wird verbessert. Die Jugendlichen sollen künftig weniger Zeit verlieren durch unnötige Wechsel oder Wartejahre. Problemgruppen sollen früher erfasst und gezielt unterstützt werden.

Die Massnahmen: Die Anforderungen der Sekundarstufe I und II werden besser aufeinander abgestimmt (Brückenangebote

sowie Beratung und Begleitung vor, während und nach dem Übergang).

Vorgesehen sind ferner umfassende und periodische Standortbestimmungen spätestens im Verlauf des 8. Schuljahres. Dadurch soll die Berufswahl erleichtert werden. Die Eltern werden einbezogen. Geklärt wird ausserdem die Funktion und Rolle von Brückenangeboten (zum Beispiel 10. Schuljahr, Motivationssemester der Arbeitsmarktbehörden). (sda)

Schweiz auf Rang 10

KLIMASCHUTZ Die Schweiz belegt in einem Rating zum Klimaschutz den 10. Rang. Im Vergleich zum Vorjahr machte die Schweiz damit in der Länderrangliste der deutschen Umweltorganisation Germanwatch zwei Plätze gut. Spitzenreiter in der Studie, die am Montag anlässlich der Uno-Weltklimakonferenz in Nairobi veröffentlicht wurde, sind Schweden, Dänemark und Grossbritannien. Auch Argentinien, Brasilien und Ungarn liegen vor der Schweiz.

Germanwatch vergleicht jährlich die Bemühungen von 56 Ländern für ein besseres Klima. Kriterien sind die Treibhausgasemissionen pro Kopf der Bevölkerung, die Effizienz der Wirtschaft sowie die nationale und internationale Klimapolitik.

Der 10. Rang der Schweiz sei vor allem dem Umstand zu verdanken, «dass wir keine fossilen Kraftwerke haben und die meisten Rohstoffe aus dem Ausland beziehen», relativiert Patrick Hofstetter, WWF-Klimaexperte, die Schweizer Platzierung. Mit einer konsequenteren nationalen Klimapolitik wäre ein deutlich besseres Resultat möglich, schreibt WWF Schweiz in einem Communiqué. Bei diesem Bewertungskriterium erreicht sie nur Rang 44.

Leuenberger am Klimagipfel

Bundespräsident Moritz Leuenberger ist gestern zu einem mehrtägigen Besuch an den Klimagipfel nach Nairobi abgereist. Heute Dienstag besucht er in Kenia Entwicklungsprojekte, die mit den Folgen des Klimawandels zu tun haben. Am Mittwoch hält er am Klimagipfel eine Rede, und es steht ein Treffen mit Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai auf dem Programm. (sda/ap)

Spur in die Schweiz

RÜSTUNGSGESCHÄFTE Die Bundesanwaltschaft (BA) hat bestätigt, dass es beim deutschen Fall von mutmasslichen illegalen Rüstungsgeschäften mit dem Iran eine Spur in die Schweiz gibt. Offenbar wurden dabei eine Firma und eine Wohnung durchsucht sowie Vermögenswerte beschlagnahmt. Die Bundesanwaltschaft habe in dem in den deutschen Medien erwähnten Fall ein deutsches Rechtshilfegesuch vollzogen, sagte eine BA-Sprecherin auf Anfrage. Die deutsche Bundesanwaltschaft hatte am vergangenen Dienstag mitgeteilt, dass ein Verdächtiger in Düsseldorf wegen ungenehmigter Rüstungsgeschäfte verhaftet worden sei. Er soll über eine Tarnfirma im Ausland Güter beschaffen und an einen aussereuropäischen Empfängerstaat geliefert haben. (ap)

ANZEIGE



«Wenn wir Arbeitsplätze in der Schweiz wollen, dann brauchen wir den Zugang zu neuen Märkten.»

Johann N. Schneider-Ammann
Unternehmer und Nationalrat, Präsident SWISSMEM

Der Werk- und Denkplatz sichert Tausende von Arbeitsplätzen in unserem Land – durch Exporte in die neuen EU-Länder.



Zusammenarbeit mit Osteuropa

Bewährte Bilaterale



Swissmem • Postfach • 8032 Zürich • www.swissmem.ch • info@swissmem.ch